



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Wien, im Februar 2026

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

**ANTRAG**

Die zuständigen Stellen der Magistrate der Stadt Wien mögen den Radweg, der über die Einfahrt zur Firma EUROSPAR führt (Simmeringer-Hauptstraße 397), rot einfärben.

**Begründung**

Bei der Einfahrt zur Firma EUROSPAR kommt es vermehrt vor, dass der Radweg von Autofahrern übersehen wird. Um den Radweg für Autofahrer sichtbarer zu machen, könnte dieser im Bereich der Einfahrt rot eingefärbt werden.



Bezirksvorstehung f. d. 11. Bezirk  
04. MRZ. 2026  
Zahl: 5362053/26

BV Stv. Daniel Eigner

KO Stv. Georg Michael Pichler



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Wien, im Februar 2026

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

**ANTRAG**

Die zuständige Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen wird ersucht, unverzüglich die Herstellung einer ausreichenden, flächendeckenden und dauerhaft funktionstüchtigen Beleuchtung am Parkdeck der Gemeindebauanlage Muhrhoferweg 1-5 sicherzustellen.

**Begründung**

Laut einem Medienbericht kam es am Parkdeck am Muhrhoferweg innerhalb eines Monats zu einer Serie von rund 20 versuchten oder vollendeten Einbruchsdiebstählen in Fahrzeuge. Als mitursächlich wird im Bericht die mangelhafte Beleuchtung am Parkdeck beschrieben.

Betroffene weichen aus Angst bereits auf andere Abstellmöglichkeiten aus und tragen dadurch zusätzliche Kosten.

Die Bezirksvertretung Simmering hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu unternehmen, um rasch die Sicherheit zu erhöhen, Tatgelegenheiten zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Eine ausreichende Beleuchtung ist ein erster wesentliche Schritt in diese Richtung.

Bezirksvorstellung f. d. 11. Bezirk  
04. MRZ. 2026  
Zahl: S 362090/26

BR Tamara Prochazka

BR Christopher Gollenbeck



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Bezirksvorstellung f. d. 11. Bezirk  
4 - MRZ. 2026  
Zahl: 5 362133/26

Wien, im Februar 2026

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

**ANTRAG**

Die zuständigen Stellen der Magistrat der Stadt Wien werden ersucht, das Rattenproblem rund um die Kirche Altsimmering (St. Laurenz) zu beseitigen.

**Begründung:**

Am Hügel, auf dem sich die Kirche befindet, tummeln sich permanent Ratten. Diese haben zahlreiche Schlupflöcher und Gänge in die Erde gegraben und unterminieren bereits die Kirche.

Des Weiteren wird der freie Platz neben der Kirche auch von einem nahegelegenen Kindergarten genutzt.

Die bestehende Rattenplage gefährdet somit die Gesundheit der sich dort aufhaltenden Kinder. Weiters ist zu beachten, dass es sich bei der Kirche um eines der ältesten unter Denkmalschutz stehenden Sakralbauwerke Wiens handelt und die Bausubstanz entsprechend sensibel zu behandeln ist.

Es wird daher ersucht diese Rattenplage rasch zu beenden.



BR Gerald Eisenbarth

KO Patrick Horn



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Wien, im Februar 2026

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

**ANTRAG**

Die zuständige Behörde MA 22 wird ersucht zu prüfen, die Messanlage zur Erfassung der Luftqualität vom derzeitigen Standort in der Wehligasse (1020 Wien) wieder in den Bezirk Simmering zu verlegen. Der neue Standort soll nach Möglichkeit in der Rinnböckstraße oder in unmittelbarer Nähe des alten Standortes eingerichtet werden.

**Begründung**

Die Messung der Luftqualität ist ein wesentliches Instrument zur Bewertung der Umwelt- und Gesundheitsbelastung in Simmering. Die derzeitige Messanlage an der Wehligasse im 2. Bezirk liefert wichtige Luftmesswerte, welche jedoch in diesem Teil von Wien, nicht als repräsentativ einzuschätzen sind. Die Luftqualität in Simmering ist aufgrund mehrerer Faktoren, insbesondere auch durch das hohe Verkehrsaufkommen auf der A23 und Fernemissionen, einer noch höheren Belastung ausgesetzt als am jetzigen Standort. Dieser Umstand ist nicht förderlich für die Beurteilung der Luftqualität und damit der Gesundheitsbelastung der Simmeringer Bevölkerung.

Der Grund der ehemaligen örtlichen Umstellung in die Wehlistraße fällt weg. Die Staubentwicklung der Baustelle beim Umbau der A23 hätte am Standort Rinnböckstraße Messverfälschungen der Luftqualität ergeben.

Die Messanlage zur Luftgütemessung in Kaiserebersdorf allein ist kein ausreichendes Instrument zur Bewertung der Umwelt- und Gesundheitsbelastung in unserem Bezirk Simmering.

  
BR Ing. Robert Thanheuser

  
BR Karl Rosawatz

  
BR Regina Schragner

  
BR Harald Nepras



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Wien, im Februar 2026

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

**ANTRAG**

Die zuständigen Stellen der Magistrate der Stadt Wien, mögen die Ampelschaltung an der Kreuzung Kopalgasse # Simoningplatz auf Verbesserung prüfen.  
Um Zuweisung in die Verkehrskommission wird gebeten.

**Begründung:**

Die Grünphase für die Fahrtrichtung Richtung Mautner-Markhof-Gasse (kommend vom Simoningplatz) ist deutlich zu kurz bemessen. Häufig, insbesondere wenn ein Bus die Haltestelle bedient, zu Schulbeginn mehrere Schüler und Fußgänger die Straße queren, schaffen es nur ein bis zwei Fahrzeuge, die Ampel während der Grünphase zu passieren. Dies führt zu Rückstau, erhöhtem Lärm und potenziell gefährlichen Überholmanövern im Bereich der Volksschule. Eine Verbesserung ist dringend notwendig.

Bezirksvorstehung f. d. 11. Bezirk  
04. MRZ. 2026  
Zahl: S 362206/26

  
BR Sonja Bauernhofer

  
BR Jürgen Billek

  
BR Wolfgang Kieslich

  
BR Katharina Krammer

  
BR Alfred Krenek

  
BR Karl Rosawatz



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Wien, im März 2026

Der unterfertigte Bezirksrat der Freiheitlichen Partei stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

**ANTRAG:**

Die zuständigen Stellen der Magistrate der Stadt Wien, werden ersucht die installierte Ampelanlagen – Zusatztafel für Linksabbieger, an der Kreuzung Simmeringer Hauptstraße # Kopalgasse, durch eine größere Tafel zu ersetzen.

**Begründung:**

Der Text „vorfahren bis zur Haltelinie“ auf der Tafel ist für die stadtauswärts fahrenden und links in die Kopalgasse abbiegenden Verkehrsteilnehmer nicht wahrnehmbar. Deswegen wird die Grünphase für Abbieger, durch zu frühes Anhalten vor der Haltelinie, sehr oft nicht ausgelöst. Es kommt dadurch zu unnötigen Rückstaus des Verkehrs in Richtung Zippererstraße.

  
BR Ing. Robert Thanheuser

Bezirksvorstehung f. d. 11. Bezirk
04. MRZ. 2026
Zahl: S 362244/26



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Wien, im Februar 2026

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

**ANTRAG**

Die Magistratsabteilung 46 möge in der Lindenbauergasse ONr. 72 überprüfen, ob ein Motorradabstellplatz realisierbar ist.



**Begründung:**

Da seit längerer Zeit immer mehr Einspurige dort gesichtet werden und dadurch der Bedarf gegeben wäre, ist eine Überprüfung gerechtfertigt.

BR Sonja Bauernhofer

BR Jürgen Billek

BR Wolfgang Kieslich

BR Katharina Krammer

BR Alfred Krenek

BR Karl Rosawatz



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Wien, im Jänner 2026

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

**ANTRAG**

Die zuständigen Stellen der Magistrate der Stadt Wien werden ersucht, den Kreuzungs- und Haltestellenbereich Alberner Hafensstraße # Landwehrstraße im Rahmen einer Projektausarbeitung, einer umfassenden verkehrstechnischen Sicherheitsprüfung zu unterziehen, bestehende Sicherheitsdefizite zu analysieren und geeignete infrastrukturelle Verbesserungsmaßnahmen zur nachhaltigen Erhöhung der Verkehrssicherheit zu entwickeln, zu prüfen und umzusetzen.

Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:

1. Errichtung eines gesicherten Schutzweges (Zebrastreifen) bzw. alternativ oder ergänzend einer lichtsignalgeregelten Querung zur sicheren Erreichbarkeit der Busstationen auf beiden Straßenseiten.
2. Herstellung eines durchgehenden, baulich getrennten Gehsteiges entlang der Alberner Hafensstraße zur klaren und sicheren Trennung von Fußgängern und Fahrverkehr.
3. Verbesserung und Erweiterung der öffentlichen Beleuchtung im Bereich der Gehwege, Querungsstellen und Haltestellen zur Gewährleistung einer sicheren Nutzung insbesondere in den Abend- und Winterstunden.

**Begründung:**

Der betroffene Bereich stellt einen erheblichen Gefahrenpunkt für Fußgänger dar. Zahlreiche Personen nutzen täglich den Weg vom Einkaufszentrum Huma Eleven zur Busstation Alberner Hafensstraße, da diese Haltestelle deutlich besser und attraktiver getaktet ist als die näher gelegene, Busstation direkt beim Einkaufszentrum.

Mangels eines Gehsteigs sind Fußgänger derzeit gezwungen, entlang bzw. teilweise auf der Fahrbahn der stark befahrenen Alberner Hafensstraße zu gehen. In den winterlichen Abendstunden verschärft sich die Situation zusätzlich durch unzureichende Beleuchtung, wodurch Fußgänger für den motorisierten Verkehr nur schlecht sichtbar sind.

Der faktisch genutzte Fußweg, der sich bereits deutlich durch das tatsächliche Nutzerverhalten der Bevölkerung abzeichnet, führt somit zu einer akuten Gefährdung der Verkehrssicherheit. Dies betrifft nicht nur die eine, sondern auch die gegenüberliegende Busstation, die gleichermaßen sicher erreichbar sein muss.

Aus Sicht der FPÖ Simmering ist es untragbar, dass Menschen aus rein praktischen Gründen auf eine objektiv gefährliche Haltestelle ausweichen müssen, weil dort das Verkehrsangebot besser ist. Verkehrssicherheit darf nicht vom individuellen Risiko abhängen, sondern muss durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen gewährleistet werden.

Die beantragten Maßnahmen stellen einen notwendigen und verhältnismäßigen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit, Sichtbarkeit und Barrierefreiheit für alle Verkehrsteilnehmer dar.



  
BR Harald Nepras

  
BR Karl Rosawatz



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Wien, im Februar 2026

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

### **ANTRAG**

Die zuständigen Stellen der Magistrat Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsmaßnahmen in der Rinnböckstraße im Zuge des sogenannten „Radhighways“ im Hinblick auf die uneingeschränkte Zufahrtmöglichkeit für den Individualverkehr, aber insbesondere für Einsatzfahrzeuge sowie die Erreichbarkeit der dort ansässigen medizinischen Einrichtungen umgehend zu evaluieren und erforderlichenfalls anzupassen.

### **Begründung**

In der Rinnböckstraße wurde unter Verantwortung der SPÖ Simmering eine Verkehrsführung umgesetzt, die faktisch zu einer massiven Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs geführt hat. Die Durchfahrt ist nicht mehr möglich, Einbahnregelungen und bauliche Maßnahmen erschweren die Orientierung und Zufahrt erheblich.

Während politisch von „Verkehrsberuhigung“ gesprochen wird, berichten Anrainer und insbesondere ansässige Ärzte von massiven Problemen im Alltag. In der Rinnböckstraße befinden sich unter anderem auch Ärzte bzw. Fachärzte wie Orthopäden. Gerade Patienten mit akuten Schmerzen, ältere Menschen oder Eltern mit Kleinkindern sind auf eine möglichst direkte Zufahrt angewiesen. Diese wurde durch die neue Verkehrsführung deutlich erschwert.

Besonders alarmierend ist ein aktueller Vorfall dieser Woche: Bei einem lebensbedrohlichen Notfall eines sieben Wochen alten Säuglings benötigten Rettung und Notarzt Berichten zufolge über 15 Minuten bis zum Eintreffen am Einsatzort. Die Zufahrt war aufgrund der neuen Verkehrsregelung unübersichtlich bzw. erschwert. Ein Einsatzfahrzeug musste offenbar gegen die Einbahn zufahren. Zwar sind Einsatzfahrzeuge gemäß § 26 Straßenverkehrsordnung (StVO) bei Verwendung von Blaulicht und Folgetonhorn von bestimmten Verkehrsvorschriften – etwa Einbahnregelungen – ausgenommen. Das entbindet die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger jedoch nicht von der Pflicht, Verkehrsmaßnahmen so zu planen, dass keine unnötigen Verzögerungen, Unsicherheiten oder Hindernisse entstehen. Bauliche Barrieren oder unklare Verkehrsführungen dürfen im Ernstfall nicht zu Zeitverlust führen.

Wenn ideologisch motivierte Verkehrsprojekte dazu führen, dass medizinische Versorgung erschwert wird oder Einsatzkräfte wertvolle Minuten verlieren, ist eine Grenze überschritten. Die Sicherheit der Bevölkerung – insbesondere von Kindern und vulnerablen Personen – muss über verkehrspolitischen Experimenten stehen.

Eine umgehende, transparente Evaluierung unter Einbindung der Einsatzorganisationen ist daher nicht nur sinnvoll, sondern zwingend erforderlich.

BV Stv. Daniel Eigner

KO Patrick Horn

BR Harald Nepras

04. MRZ. 2026

Zahl: S 362323/26



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Bezirksvorstellung f. d 11. Bezirk

4 - MRZ. 2026

Zahl: S 362217/26

Wien, im Februar 2026

Die unterfertigte Bezirksrätin der Freiheitlichen Partei stellt gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgende

**ANFRAGE**

Da es bei den Müllplätzen in den Gemeindebauten (insbesondere bei Thürlnhof 22-24 und Muhrhoferweg) immer häufiger zu illegalen Sperrmüllablagerungen kommt und heuer schon einige Male Altpapiercontainer gebrannt haben, traten Mieter an mich heran, ob man dagegen nichts machen kann, denn die Kosten für die Bewohner steigen dadurch laufend.

1. Gibt es die Möglichkeit, die Müllplätze mit Kameras zu überwachen?
  - a. Kann man, falls Kameras aus Datenschutzgründen nicht möglich sind, Attrappen aufhängen, um diese Personen von Müllablagerungen oder Brandstiftung abzuhalten?
2. Gibt es in Wiener Gemeindebauten schon videoüberwachte Müllplätze?
  - a. Wenn ja, wo?
3. Welche Alternativen gibt es sonst, um die illegale Ablagerung zu stoppen?
4. Gibt es eventuell schon Planungen diesbezüglich?
  - a. Wenn ja, wo?
  - b. Wenn nein, warum nicht?



*BR Michaela Hess*

**BR Michaela Hess**



An die Bezirksvertretung  
für den 11. Bezirk  
Enkplatz 2  
1110 Wien

Bezirksvorstellung f. d. 11. Bezirk
4 - MRZ. 2026
Zahl: S 362257/26

Wien, im Jänner 2026

Der unterfertigten Bezirksrat der Freiheitlichen Partei stellt gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgende

### **ANFRAGE**

In der Ettrichstraße wurde in der Nebenfahrbahn ein eigener Radweg errichtet. Diese Maßnahme ging zulasten der bisherigen Verkehrsführung für den motorisierten Individualverkehr und veränderte die Flächenaufteilung im Straßenraum deutlich.

Da dieser Umbau einiges gekostet hat und der Nutzen auch jetzt noch fraglich erscheint, ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie viele Radfahrer (inkl. E-Bikes bzw. e-motorisierte Fahrräder) nutzten die Strecke durchschnittlich pro Tag vor Errichtung des Radweges? (Angabe von Zeitraum und Erhebungsmethode)
2. Wie viele Radfahrer (inkl. E-Bikes bzw. e-motorisierte Fahrräder) nutzen die Strecke durchschnittlich pro Tag seit Errichtung des Radweges? (Angabe von Zeitraum und Erhebungsmethode)
3. Wie viele Unfälle zwischen Radfahrern (inkl. E-Bikes) und KFZ wurden im betroffenen Abschnitt in den drei Jahren vor Errichtung des Radweges verzeichnet?
4. Wie viele Unfälle zwischen Radfahrern (inkl. E-Bikes) und KFZ wurden seit Errichtung des Radweges verzeichnet?
5. Wie viele Unfälle zwischen Radfahrern (inkl. E-Bikes) und Fußgängern wurden im betroffenen Abschnitt in den drei Jahren vor Errichtung des Radweges verzeichnet?
6. Wie viele Unfälle zwischen Radfahrern (inkl. E-Bikes) und Fußgängern wurden seit Errichtung des Radweges verzeichnet?

**BR Ing. Robert Thanheuser**